

**Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.**

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **[www.jvpegnitz.de](http://www.jvpegnitz.de)**, per Fax oder Telefon bestellen.

**Juristischer Verlag Pegnitz**

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: [info@jvpegnitz.de](mailto:info@jvpegnitz.de)

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

# **Justizstatistik**

**Rechtsstand: Januar 2024**

**Bearbeitet von:**

**Manfred Stamm  
Yvonne Stamm**

**21. Auflage**

## Vorwort

Es liegt nunmehr die 21. Auflage des Lehrbuchs „Justizstatistik“ vor. In diesem Buch werden in erster Linie die Justizgeschäftsstatistiken ausführlich behandelt, und zwar die Anordnungen über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik), in Familiensachen (F-Statistik), in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik), bei den Staats- und Amtsanwaltschaften (StA-Statistik) und in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik) sowie der Amtsgerichte in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Geschäftsübersichten - GÜ).

Die Anordnungen über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik), Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik), Straf- und Bußgeldverfahren (StPO/OWi-Statistik) und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Geschäftsübersichten – GÜ) wurden zum 1. Januar 2024 geändert.

Die Neufassungen der vorgenannten Statistiken wurden in die vorliegende Neuauflage eingearbeitet.

Grundvoraussetzung für eine ordentliche Statistikerhebung ist die sichere Kenntnis der jeweiligen Anordnung. Das Lehrbuch will ergänzendes Wissen vermitteln, auf besondere Erfordernisse der Statistiken im Justizbereich hinweisen und insbesondere häufig vorkommende Erhebungsfehler aufzeigen.

Beim Ausfüllen der Verfahrenserhebungen ist zu beachten, dass die statistischen Ergebnisse auf den Erfassungen in den Verfahrenserhebungen beruhen. Unrichtig ausgefüllte Verfahrenserhebungen führen zu fehlerhaften statistischen Ergebnissen. Alle Arbeiten und Aussagen, die sich auf diese statistischen Ergebnisse stützen, können durch Erhebungsfehler beeinträchtigt werden. Dies gilt in besonderer Weise für die Personalbedarfsberechnung PEBB§Y und das Kennzahlengestützte Informationssystem KISS. Zu berücksichtigen ist auch, dass falsch ausgefüllte Verfahrenserhebungen Rückfragen (also Mehrarbeit) des Bayerischen Landesamts für Statistik erfordern können und dass hierdurch die rechtzeitige Erstellung der Statistik gefährdet wird.

Verantwortlich für die ordnungsgemäße Ausfüllung der Verfahrenserhebungen sind die Geschäftsstellen. **Bei den Statistikanordnungen handelt es sich um Verwaltungsvorschriften. In Zweifelsfällen ist die Gerichts- bzw. Behördenleitung zu beteiligen.**

Das Lehrbuch behandelt noch eine Reihe weiterer Statistiken. Zu nennen sind die Personalübersichten sowie die Statistik in Güterichterverfahren. Im Lehrbuch werden auch die Abläufe in den IT-Fachverfahren eingehend dargestellt.

Zudem wird die Nutzung der statistischen Daten im Rahmen des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y und des Kennzahlengestützten Informationssystems KISS erläutert.

Außerdem enthält das Lehrbuch Hinweise für Prüfer von Verfahrenserhebungen.

Bei den im Buch aufgeführten Beispielen bzw. Fällen ist aus Zweckmäßigkeitsgründen teilweise das Jahr mit „202X“ angegeben; anstelle des „X“ kann die jeweils zutreffende Jahreszahl eingesetzt werden.

Das **Stichwortverzeichnis** am Ende des Lehrbuchs soll das Auffinden bestimmter Themen erleichtern.

München, Januar 2024  
Die Verfasser:

Manfred Stamm  
Ministerialrat a.D.  
vormals:  
Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Yvonne Stamm  
Rechtspflegerätin  
Amtsgericht München

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>9</b>
1.1	Justizgeschäftsstatistiken .....	9
1.2	Geschäftsübersichten (GÜ) .....	17
1.3	Personalübersichten (PÜ) .....	20
1.4	Einsatz von IT-Fachverfahren .....	21
1.5	Verwendungszweck und Benutzer der Statistiken .....	22
1.6	Prüfung von Verfahrenserhebungen im Rahmen der IT-Fachverfahren .....	22
<b>2.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik) .....</b>	<b>26</b>
2.1	Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen vor dem Amtsgericht.....	26
2.2	Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen vor dem Landgericht.....	63
2.3	Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht – Berufungsverfahren .....	76
2.4	Monatserhebungen.....	78
2.5	Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen vor dem Bayerischen Obersten Landgericht .....	83
2.6	Übungsfälle zur ZP-Statistik .....	84
2.7	Erhebung von statistischen Daten mit einem IT-Fachverfahren .....	102
<b>3.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) .....</b>	<b>105</b>
3.1	Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen vor dem Amtsgericht.....	107
3.2	Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen vor dem Oberlandesgericht .....	179
3.3	Monatserhebungen.....	182
3.4	Übungsfälle zur F-Statistik.....	185
3.5	Erhebung von statistischen Daten mit einem IT-Fachverfahren .....	197

<b>4.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik) .....</b>	<b>202</b>
4.1	Verfahrenserhebung für Betreuungsverfahren vor dem Amtsgericht.....	203
4.2	Besondere Erhebung sonstiger Verfahren des Betreuungsgerichts.....	223
4.3	Beispiele zur Verfahrenserfassung.....	228
<b>5.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten bei den Staatsanwaltschaften (StA-Statistik) .....</b>	<b>230</b>
5.1	Erhebung von statistischen Daten bei der Staatsanwaltschaft / Generalstaatsanwaltschaft .....	230
5.2	Erhebung über die Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen.....	261
5.3	Monatserhebungen, Besondere Monatserhebung .....	261
5.4	Übungsfälle zur StA-Statistik .....	269
5.5	Erhebung von statistischen Daten mit einem IT-Fachverfahren .....	275
<b>6.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik) .....</b>	<b>283</b>
6.1	Allgemeines zur Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren .....	285
6.2	Anlegung von Verfahrenserhebungen.....	286
6.3	Erhebung in Strafverfahren vor dem Amtsgericht .....	287
6.4	Erhebung in Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht .....	314
6.5	Erhebung in Strafverfahren vor dem Landgericht .....	318
6.6	Erhebung in Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht .....	323
6.7	Monatserhebungen, Besondere Monatserhebung .....	325
6.8	Erhebung in Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht .....	328
6.9	Übungsfälle zur StP/OWi-Statistik .....	329
6.10	Auswertung der Protokolldaten aus einem IT-Fachverfahren für die einschlägigen Verfahrenserhebungen.....	337

---

<b>7.</b>	<b>Erhebung von statistischen Daten der Amtsgerichte in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Geschäftsübersichten – GÜ) .....</b>	<b>341</b>
7.1	Allgemeine Ausführungen .....	342
7.2	Standesamtssachen .....	342
7.3	Beratungshilfesachen .....	343
7.4	Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens .....	344
7.5	Grundbuchsachen .....	345
7.6	Nachlasssachen .....	365
7.7	Registersachen .....	366
7.8	Freiheitsentziehungen .....	370
7.9	Landwirtschaftssachen .....	370
7.10	Rechts- und Amtshilfeersuchen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit .....	370
7.11	Hinterlegungssachen .....	370
<b>8.</b>	<b>PEBB§Y und KISS .....</b>	<b>371</b>
8.1	PEBB§Y .....	371
8.2	Kennzahlengestütztes Informationssystem (KISS) .....	376
<b>9.</b>	<b>Statistik für Güterichterverfahren .....</b>	<b>384</b>

In oben genannten Statistiken werden grundsätzlich alle Verfahren in Zivil-, Familien-, Betreuungs-, Straf- und Bußgeldsachen sowie bei den Staatsanwaltschaften erfasst. Der Ausschuss für Justizstatistik der Landesjustizverwaltungen hat **die Anordnungen über die Justizgeschäftsstatistiken** vereinheitlicht. Damit können Servicekräfte auch im Falle einer Vertretung in einer anderen Abteilung prinzipiell systematisch die gleichen Regelungen anwenden. Die Neufassungen der Anordnungen stellen ausschließlich auf eine Erhebung der statistischen Daten mittels eines IT-Fachverfahrens ab. Der Begriff „Zählkarte“ wurde durch „Verfahrenserhebung“ ersetzt, der Begriff „Monatsübersicht“ durch „Monatserhebung“ und der Begriff „Übersendungsschreiben“, wenn damit statistische Daten mitgeteilt werden, durch „Besondere Monatserhebung“.

Maßgeblich hierfür sind:

- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)  
Stand: 1. Januar 2023;
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)  
Stand: 1. Januar 2024;
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik)  
Stand: 1. Januar 2024;
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Amtsanwaltschaften (StA-Statistik)  
Stand: 1. Januar 2022;
- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)  
Stand: 1. Januar 2024.

Die aktuellen Fassungen der Statistikanordnungen können im bayerischen Intranet unter *Verwaltungsinformationen/Informationen von A-Z/Statistikwesen* aufgerufen werden.

Die Erhebung von statistischen Daten mittels Verfahrenserhebungen erstreckt sich auf alle Verfahren, die in § 1 Abs. 2 der jeweiligen Anordnung bezeichnet sind. Daneben wird nach Maßgabe der Anordnungen aus den IT-Fachverfahren der Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren in die Monatserhebungen übernommen (vgl. § 1 Abs. 3 der jeweiligen Anordnung).



## 2. Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)

*Hinweis: Alle in diesem Kapitel genannten Paragraphen und Anlagen ohne Bezeichnung beziehen sich auf die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik).*

### **Vorbemerkung:**

Die Neufassung der **Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)** wurde für den Bereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz mit Wirkung zum 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Zum 1. Januar 2024 wurde die Anordnung über die ZP-Statistik **nicht** geändert.

### 2.1 Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen vor dem Amtsgericht

Die Erhebung erfolgt mit der Verfahrenserhebung (Anlage 1) sowie der Monatserhebung (Anlage 13) und der Besonderen Monatserhebung (Anlage 19).

#### 2.1.1 Allgemeine Ausführungen

Der Sachgebietsschlüssel nach Anlage 3 ist auf dem Aktenumschlag oder in der Verfahrensakten zu vermerken; bei Änderungen ist der Vermerk zu berichtigen, § 4 Abs. 5.

Der Geschäftsanfall der unter dem Abschnitt E der Monatserhebung genannten Anträge und Verfahren (Anlage 13) sowie der Mahnverfahren *<in Bayern: Zentrales Mahngericht in Coburg>* und der beim Zentralen Vollstreckungsgericht *<in Bayern: Zentrales Vollstreckungsgericht in Hof>* hinterlegten Vermögensverzeichnisse und eingegangenen Eintragungsanordnungen zum Schuldnerverzeichnis (Anlage 19 - Besondere Monatserhebung) ist aus den IT-Fachverfahren zu ermitteln.

Unter dem Registerzeichen H sind die zur Zuständigkeit des Zivilgerichts gehörenden Anträge außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens zu erfassen. Für diese Verfahren ist keine Verfahrenserhebung anzulegen; die statistische Erfassung erfolgt über die Monatserhebung (Anlage 13).

### 3. Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)

*Hinweis:* Alle in diesem Kapitel genannten Paragraphen und Anlagen ohne Bezeichnung beziehen sich auf die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik).

#### Vorbemerkung:

Die Neufassung der **Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)** wurde für den Bereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz mit Wirkung zum 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt. Zum 31. Dezember 2023 trat die Anordnung in der Fassung vom 1. Januar 2023 außer Kraft.

Der Ausschuss für Justizstatistik der Landesjustizverwaltungen hat **im Wesentlichen folgende Änderungen der Anordnung** beschlossen:

1. Mit Blick auf die **statistische Neufassung der Verlängerung einer Gewaltschutzanordnung** nach § 1 Abs. 1 Satz 2 oder § 2 Abs. 2 Satz 3 GewSchG wurde § 6 der Anordnung erneut geändert. Der zum 01.01.2023 eingefügte § 6 Abs. 1 Satz 4 der Anordnung, wonach einstweilige Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz statistisch abzuschließen waren, sobald eine Gewaltschutzanordnung erlassen oder verlängert wurde, hat dazu geführt, dass auch in anderen Fällen der Fortsetzung des Verfahrens (z.B. bei einem Antrag auf mündliche Verhandlung) eine statistische Neufassung vorzusehen wäre. Das ist nicht gewollt. Vor diesem Hintergrund hat der Statistikausschuss beschlossen, § 6 Abs. 1 Satz 4 der Anordnung wieder zu streichen und § 6 Abs. 3 Nr. 2 um einen weiteren Ausnahmetatbestand „Verlängerung einer Gewaltschutzanordnung (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 c) zu ergänzen. Somit sind **künftig auch einstweilige Anordnungsverfahren nach dem Gewaltschutzgesetz grundsätzlich wieder nach Ablauf von drei Monaten nach Erlass einer Entscheidung statistisch abzuschließen**, es sei denn, es liegt eine Ausnahme nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 a bis c vor. **Wenn innerhalb der drei Monate ein Antrag auf (weitere) Verlängerung einer Gewaltschutzanordnung eingeht, ist das vorherige einstweilige Anordnungsverfahren statistisch abzuschließen und der Antrag auf (weitere) Verlängerung nach § 4 Abs. 2 Nr. 12 der Anordnung statistisch neu zu erfassen.**
2. Anlage 15 (Staatsangehörigkeitsschlüssel) wurde um die **syrische Staatsangehörigkeit** ergänzt.

3. Bislang sahen die Erläuterungen zu Sachgebietsschlüssel 30 in Anlage 9 (Katalog der Sachgebietsschlüssel der Oberlandesgerichte) vor, dass mit dem Sachgebietsschlüssel 30 (**Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren**) ausschließlich die Beschwerden in bestimmten einstweiligen Anordnungsverfahren zu erfassen waren. Sonstige Verfahren waren bislang mit dem Registerzeichen „WF“ zu registrieren und in der Monatserhebung des Oberlandesgerichts (Anlage 13) unter der Position E I f (sonstige Angelegenheiten) zu zählen. Um Unsicherheiten in der gerichtlichen Praxis bei der statistischen Erfassung einer nach § 57 FamFG nicht statthaften Beschwerde im einstweiligen Anordnungsverfahren auszuräumen, wurden die Erläuterungen gestrichen. Künftig sind nunmehr alle Beschwerden im einstweiligen Anordnungsverfahren mit dem Sachgebietsschlüssel 30 zu erfassen.

### **7.5.6 Auswertung der statistischen Daten mit SolumSTAR**

Aus **SolumSTAR** werden die in obiger Maske eingegebenen Zahlen automatisiert an das Justizverwaltungsportal übertragen.

Neben den Eingaben in dieser Maske werden von SolumSTAR auch weitere Daten automatisiert an das Justizverwaltungsportal übertragen, z.B. die **für KISS wichtige Verfahrensdauer**.

Hierbei ist zu beachten, dass SolumSTAR die Bearbeitungsdauer vom Erzeugen eines Falles bis zu seiner Erledigung zählt, unabhängig davon, wann und wie viele Urkunden in einem Fall erfasst werden (s. SolumSTAR Anwenderinformation *Funktion „Fall vertagen“ und „Fall ergänzen“ und statistische Auswirkung* vom 29.03.2023).

#### **Wichtig:**

Damit in KISS keine falschen (zu langen) Verfahrensdauern ausgegeben werden, ist diese Information insbesondere (aber nicht nur) in **Verfahren nach § 82 GBO** zu beachten. Sie bedeutet nämlich, dass in bereits angelegten Fällen (z.B. für die Anschreiben nach **§ 82 GBO**) später keine Urkunden (z.B. der eingehende Erbnachweis) erfasst werden dürfen. Fälle nach § 82 GBO können aufgrund fehlenden Antrags, Verhandlungen über den Nachlass oder Durchführung eines Zwangsgeldverfahrens länger als üblich dauern. Damit diese längere Bearbeitungsdauer keine negativen Auswirkungen auf die Verfahrensdauern in KISS hat, wird Folgendes empfohlen:

- Zuerst sollte ein Fall für die Durchführung des Verfahrens nach § 82 GBO (ohne Erfassung einer Urkunde für die GÜ) angelegt werden. In diesem Fall wird das Grundbuchberichtigungsverfahren eingeleitet und der Fall kann bis zur endgültigen Antragstellung oder weiteren Sachbearbeitung vertagt werden.
- Sobald ein Antrag (mit entsprechendem Erbnachweis) eingeht, sollte der bisher angelegte Fall auf erledigt gesetzt und ein neuer Fall angelegt werden. In Letzterem kann die Urkunde für die GÜ erfasst werden.

Diese Verfahrensweise würde sicherstellen, dass in die Gesamtverfahrenslaufzeit die **Bearbeitungsdauer vor dem Antrag auf Grundbuchberichtigung nicht eingerechnet** wird (s. SolumSTAR Anwenderinformation *Liste 10 bei Verfahren nach § 82 GBO* vom 21.12.2023).

Dass man damit unnötige (leere) Ordnungsnummern erzeugt, muss wohl hingenommen werden.